

Rechte Angriffe auf Gender Studies in Deutschland und Österreich

Birgit Sauer

Die autoritäre Rechte ist in der Bekämpfung des dekonstruktivistischen Konzepts Gender global gut vernetzt: Der Kampf gegen Gender – und das heißt gegen die Auflösung einer hierarchisch-binären Zweigeschlechtlichkeit und von Heteronormativität, gegen Geschlechtergleichstellung oder gegen reproduktive Rechte – wird seit der UN-Frauenkonferenz 1995 in Beijing von einer Allianz aus konservativen Katholiken und Muslimen, von Evangelikalen, aber seit dem ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends auch von rechtsautoritären Parteien und Organisationen erbittert ausgefochten.¹ In einem globalen Anti-Gender-Verschwörungsnarrativ wird von autoritären Rechten² der Niedergang von staatlicher Ordnung, die Chaotisierung von Gesellschaften, der Kontrollverlust über den Alltag und eine Krise weißer Männlichkeit beschworen.³ Das Verbot von Gender Studies wird als Lösung dieser Problemsituationen vorgeschlagen.

Dass die Wissenschaft durch sogenannte alternative Fakten gefährdet ist und der offene wissenschaftliche Diskurs durch rechtsautoritäre Akteur*innen eingeschränkt werden soll, deutete sich bereits in der Skepsis gegenüber wissenschaftlicher Expertise in der Covid-19-Pandemie an. Autoritär-rechte

-
- 1 Vgl. dazu zum Beispiel Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hg.): *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*, Bielefeld: transcript 2015; Kuhar, Roman/Paternotte, David (Hg.): *Anti-Gender Campaigns in Europe. Mobilizing against Equality*, London: Rowman & Littlefield 2017.
 - 2 Ich bevorzuge die Begriffe »autoritäre Rechte« oder »rechtsautoritäre Parteien« im Unterschied zu rechtspopulistisch, um deutlich zu machen, dass diese Akteur*innen das politische Ziel der Autoritarisierung verfolgen, wenn auch manche durchaus mit populistischen Mobilisierungsfiguren des »Wir da unten« gegen »die da oben« wettern.
 - 3 Vgl. Sauer, Birgit/Penz, Otto: *Konjunktur der Männlichkeit. Affektive Strategien der autoritären Rechten*, Frankfurt a.M./New York: Campus 2023.

Akteur*innen setzten sich sowohl in Deutschland, prominenter allerdings in Österreich, an die Spitze der Anti-Impf-Kampagnen. Sie erhofften sich, daraus antagonistisches Kapital gegen »die da oben«, die Regierungen, zu schlagen – und dies, obwohl sie anfangs einen starken und disziplinierenden »Impfstaat« befürworteten.

Doch steht auch und vor allem das akademische Fach Gender Studies unter rechtsautoritärem Beschuss. Seinen absurden Höhepunkt erfährt der autoritär-rechte Kampf gegen Gender derzeit in den USA, wo die Trump-Regierung Maßnahmen zur Gleichstellung – von Frauen, von ethnischen und rassialisierten Minderheiten oder Behinderten – verbietet und DEI-Politiken (*diversity, equity, inclusion*) als unrechtmäßig erklärt. Darüber hinaus wird die Suche nach wissenschaftlicher Erkenntnis durch eine Verbotsliste von Begriffen ad absurdum geführt: Wissenschaftliche Texte sollen nicht mehr veröffentlicht oder Forschungsprojekte nicht mehr gefördert werden, wenn sie Begriffe wie »advocacy, activism, equality, bias, biologically female, biologically male, BI-POC, divers, discrimination, female, feminism, inequality, inclusive, LGBTQ, race and ethnicity, political, women, women and underrepresented« enthalten.⁴ Diese Liste macht eigentlich jegliche soziologische und politikwissenschaftliche Forschung nahezu unmöglich, doch die Begriffsliste zeigt, dass vor allem Gender Studies, queer-feministische, anti-rassistische und post-koloniale Forschung verboten und eingeschränkt werden sollen.

Das rechtsautoritäre europäische Vorreiterland Ungarn hatte ebenfalls die Gender Studies seit längerem auf seiner Verbotsliste. Im August 2018 verfügte ein Dekret des ungarischen Wissenschaftsministeriums, dass die Akkreditierung des MA-Programms Gender Studies zurückgenommen werde mit dem Argument, dass der Arbeitsmarkt Menschen mit dieser Ausbildung nicht brauche.⁵

4 Yourish, Karen u.a.: »These Words Are Disappearing in the New Trump Administration«, <https://www.nytimes.com/interactive/2025/03/07/us/trump-federal-agencies-websites-words-dei.html>, Zugriff am 13.11.2025 und Johnson, Carolyn Y./Dance, Scott/Achenbach, Joel: »Here are the words putting science in the crosshairs of Trump's orders«, <https://www.washingtonpost.com/science/2025/02/04/national-science-foundation-trump-executive-orders-words/>, Zugriff am 13.11.2025.

5 Vgl. Pető, Andrea: »Attack on Freedom of Education in Hungary. The Case of Gender Studies«, in: *HAL Open Science* (2018), hier: S. 1; Barát, Erzsebet: »Paradoxes of the Right-Wing Sexual/Gender Politics in Hungary: Right-Wing Populism and the Ban of Gender Studies«, in: Takács, Judith/Möser, Cornelia/Ramme, Jennifer (Hg.), *Paradoxical Right-Wing Sexual Politics in Europe. Global Queer Politics*, Cham: Palgrave Macmillan 2022.

So weit gehen die autoritären Rechten in Deutschland und in Österreich noch nicht, auch wenn sich die Alternative für Deutschland (AfD) und die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) dem Kampf gegen Gender angeschlossen haben. Es geht diesen Akteur*innen zunächst darum, Geschlechterforschung und -forscher*innen zu diffamieren, ihnen zu drohen sowie ihnen die Berechtigung abzuspochen, wissenschaftlich tätig zu sein. Doch autoritäre Rechte attackieren Gender Studies insbesondere »als Ort der kritischen Thematisierung von Geschlechterverhältnissen und -konstruktionen«.⁶ Gerade die ständige Infragestellung von historisch gewachsenen Selbstverständlichkeiten – eine zentrale Aufgabe von wissenschaftlicher Kritik – passt nicht in das rechtsautoritäre »Retrotopia«.⁷ Die rechtsautoritären Akteur*innen wissen, dass sie ihre Forderung nach einem Verbot der Studiengänge und Forschungsrichtungen zu Gender Studies weder in Deutschland noch in Österreich werden umsetzen können, denn in beiden Ländern sind die Freiheit von Wissenschaft und Lehre in den Verfassungen gesichert. Daher dient die permanente Wiederholung eines solchen Verbots anderen oder weiteren Zwecken als nur – wenn freilich zentral – der Retraditionalisierung von Geschlechter- und Sexualitätsverhältnissen oder der Mobilisierung von Anti-Intellektualismus und Ressentiment gegen wissenschaftliche Expertise. Angriffe auf Gender Studies sind vielmehr zentrale Elemente der politischen Strategie rechter Akteur*innen: der Erringung kultureller Hegemonie, der Eroberung politischer Macht (auf liberal-demokratischem Wege) und schließlich der Zerstörung von Demokratie, der Zerschlagung von (Rechts-)Staatlichkeit und der Durchsetzung autoritärer Strukturen. Dies will ich in meinem Text plausibilisieren und zudem deutlich machen, dass diese Strategie der autoritären Rechten in ein Genderfeindliches, sich autoritarisierendes Umfeld eingebettet ist.

Das Instrument der parlamentarischen Kleinen Anfrage

Autoritär-rechte Akteur*innen in Deutschland nutzen das Instrument der parlamentarischen Kleinen Anfrage im Bundestag wie auch in nahezu allen

6 Henninger, Annette u.a.: »Einleitung: Mobilisierungen gegen Feminismus und ›Gender‹. Erscheinungsformen, Erklärungsansätze und Gegenstrategien«, in: *Gender. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*, Sonderheft 6 (2021), S. 9–24, hier: S. 9.

7 Bauman, Zygmunt: *Retrotopia*, London: Polity 2017.

Landesparlamenten,⁸ um das universitäre Fach Gender Studies zu diskreditieren, zu delegitimieren und »ins Lächerliche« zu ziehen,⁹ aber auch um Vertreter*innen dieser Fachrichtung einzuschüchtern.

Kleine Anfragen sind als Instrumente parlamentarischer Kontrolle gedacht, vor allem aber dienen sie dazu, Aufmerksamkeit für ein Thema zu generieren. Die Kleinen Anfragen der AfD in Landtagen und im Bundestag zur Genderforschung erlauben es, »Antifeminismus in einen bürokratisch kontrollierten und legitimierten Diskurs einzubringen und so als »sagbare« Positionen zu stärken«.¹⁰ Die Kleinen Anfragen sollen die »antifeministischen Strategien und Argumentationslinien der AfD grundlegend und auf parlamentarisch legitimierte Weise« hörbar machen.¹¹ Außerdem normalisieren diese parlamentarischen Interventionen als demokratisch legitimierte Verfahren die Anti-Gender-Ideologie der autoritären Rechten.¹² Die Kleinen Anfragen nach den aufgewendeten finanziellen Mitteln, nach Kosten »von Professuren, Personalstellen, Forschungsgeldern, Gleichstellungsmaßnahmen, Maßnahmen in Studium und Lehre« zielen darauf ab, der Genderforschung Verschwendung von Steuergeldern zu unterstellen¹³ und ihr mit dieser Begründung Gelder zu streichen. »Antidiskriminierung wird quantifiziert und als Bedürfnis von wenigen Menschen delegitimiert.«¹⁴ Neben der Geschlechterforschung selbst sollen die Kleinen Anfragen auch die Regierungen diskreditieren, wird in den Formulierungen der Anfragen doch unterstellt, dass deren »politischen und fiskalischen Entscheidungen in Bezug auf die Geschlechterforschung [...] haltlos« seien.¹⁵ Das AfD-Programm aus

8 Mauer, Heike: »Nichts als Wahn und Ideologie? Rechtspopulistische Angriffe auf die Geschlechterforschung und die Politisierung von Geschlechterverhältnissen«, in: Kim, Songcheol/Selk, Veith (Hg.), *Wie weiter mit der Populismusforschung?* Baden-Baden: Nomos 2021, S. 271–292.

9 Bereswill, Mechthild/Ehlert, Gudrun/Neuber, Anke: »Feindselige Anfragen. Die Nutzung eines parlamentarischen Instruments zur Diskreditierung der Geschlechterforschung«, in: *Gender. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*, Sonderheft 6 (2021), S. 108–122, hier: S. 114.

10 Bereswill/Ehlert/Neuber: »Feindselige Anfragen«, S. 109.

11 Bereswill/Ehlert/Neuber: »Feindselige Anfragen«, S. 109.

12 Bereswill/Ehlert/Neuber: »Feindselige Anfragen«, S. 119.

13 Mauer: »Nichts als Wahn«, S. 282; Bereswill/Ehlert/Neuber: »Feindselige Anfragen«, S. 115.

14 Bereswill/Ehlert/Neuber: »Feindselige Anfragen«, S. 115.

15 Bereswill/Ehlert/Neuber: »Feindselige Anfragen«, S. 114.

dem Jahr 2016 verspricht bereits: »Förderung der ›Gender-Forschung‹ beenden«. ¹⁶ Und das Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 wiederholt: »Alle Fördermittel für die auf der Gender-Ideologie beruhende Lehre und Forschung sind zu streichen.« ¹⁷ Konsequenterweise schließt sich daran die Forderung an, dass »[b]estehende Genderprofessuren [...] nicht mehr nachbesetzt, laufende Gender-Forschungsprojekte nicht mehr weiter verlängert werden« sollen. ¹⁸ Alice Weidel bellte beim AfD-Parteitag am 18. Januar 2025 während ihrer Kampfansprache ins Mikrofon, dass sie die Gender Studies abschaffen und alle Professor*innen rausschmeißen wolle. In ähnlicher Weise, wenn auch weit moderater, hält das FPÖ-Wahlprogramm zu den Nationalratswahlen im September 2024 fest: »Unsere Schulen und Universitäten dürfen nicht länger Experimentierfelder für Genderwahnsinn und Wokismus sein.« ¹⁹

Kurzum: AfD und FPÖ reiten – wenn auch in unterschiedlicher Intensität – Attacken gegen Geschlechterforschung als Teil ihrer Anti-Gender-Strategie.

Der Anti-Gender-Studies-Komplex

Gabriele Dietze und Julia Roth prägten das Konzept des »rechtspopulistischen Komplexes«, um deutlich zu machen, dass ganz unterschiedliche Akteur*innen und Organisationen den rechten Diskurs teilen und anfeuern – also neben rechten Parteien und Organisationen auch religiöse Institutionen, wie manche Gruppen innerhalb der katholischen und orthodoxen Kirche oder Evangelikale. ²⁰ Auch die Attacken auf Gender Studies entspringen einem solchen

16 AfD: »Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland«, beschlossen auf dem Bundesparteitag in Stuttgart am 30.4./1.5.2016, https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/05/Programm_AfD_Online_.pdf, Zugriff am 15.11.2025, S. 52.

17 AfD: »Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag«, beschlossen auf dem 12. Bundesparteitag der AfD in Dresden, April 2021, https://www.afd.de/wp-content/uploads/2021/06/20210611_AfD_Programm_2021.pdf, Zugriff am 29.1.2025, S. 154.

18 AfD: »Programm für Deutschland«, S. 52.

19 FPÖ: »Festung Österreich. Festung der Freiheit. Wahlprogramm für die Nationalratswahl 2024«, Wien: FPÖ 2024, https://www.fpo.at/fileadmin/user_upload/Bund/Dokumente/NRW2024/Wahlprogramm_A4_Langversion_oS_web.pdf, Zugriff am 15.11.2025, S. 55.

20 Dietze, Gabriele/Roth, Julia (Hg.): *Right-Wing Populism and Gender. European Perspectives and Beyond*, Bielefeld: transcript 2020, S. 9.

diskursiven Komplex, aus dem rechtsautoritäre Akteur*innen ihre Narrative ziehen: Die autoritäre Rechte kann mit ihren Attacken auf Geschlechterforschung nämlich auf einem lang vorbereiteten Feld agieren, gerieten doch die Gender Studies ins Visier konservativer, rechtslastiger beziehungsweise AfD-naher und religiöser Wissenschaftler*innen, die Teil des »antifeministischen Diskursfeldes« sind und sich »gegen die Liberalisierung und Entnormierung der Geschlechterverhältnisse wenden«.²¹ Im Kontext der Anti-Gender-Mobilisierung entstand gleichsam ein »Anti-Gender-Studies-Komplex«. Marion Näser-Lather identifizierte in ihrer Studie der Jahre 2003 bis 2017 Wissenschaftler*innen, die sich in (populär-)wissenschaftlichen Texten gegen das Konzept Gender positionierten. Deren Publikationen ist gemein, dass sie Gender Studies als ideologisch und nutzlos betrachten, sie aber auch als Gefahr für die Gesellschaft dämonisieren.²²

Auch das »Netzwerk Wissenschaftsfreiheit« und die von dessen Protagonist*innen entfachten Debatten um »Cancel Culture« und Zensur an Universitäten schüren seit geraumer Zeit Misstrauen gegen Geschlechterforschung. Das Netzwerk unterstellt der Geschlechterforschung, die Wissenschaftsfreiheit einzuschränken. Sandra Kostner, die Sprecherin des Netzwerks, prägte den Begriff der »Agendawissenschaften«, mit dem sie deutlich machen will, dass bestimmte Wissenschaftsbereiche aufgrund ihres kritischen Impetus – den Kostner als Agenda zu delegitimieren sucht – wissenschaftliche Erkenntnis behinderten.²³ Diese Begriffsbildung fiel bei rechtsautoritären Anti-Gender-Agitator*innen auf fruchtbaren Boden: So heißt es im AfD-Regierungsprogramm für die Landtagswahl in Brandenburg: »[D]urch Agendawissenschaften wie Gender Studies und Postcolonial Studies haben die

21 Näser-Lather, Marion: »Wissenschaftler_innen vs. Gender Studies. Argumentationen, Wirkungen und Kontexte einer »wissenschafts<-politischen Debatte«, in: Henninger, Annette/Birsl, Ursula (Hg.), *Anti-Feminismen. »Krisen«<-Diskurse mit gesellschaftsspaltem Potential?*, Bielefeld: transcript 2020, S. 105–148, hier: S. 115.

22 Näser-Lather: »Wissenschaftler_innen vs. Gender Studies«, S. 114.

23 Kostner, Sandra (Hg.): *Wissenschaftsfreiheit. Warum dieses Grundrecht zunehmend umkämpft ist*. Zeitschrift für Politik. Sonderband 10, Baden-Baden: Nomos 2022, S. 20ff.; Kostner, Sandra: »Wenn Wissenschaftler eine Agenda verfolgen: wie Macht und Moral an den Hochschulen die Erkenntnis ersetzen«, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 13.1.2020, <https://www.nzz.ch/feuilleton/wissenschaft-wenn-macht-und-moral-die-erkenntnis-ersetzen-ld.1533154>, Zugriff am 13.11.2025.

Universitäten eine Politisierung erfahren. Die Wissenschaftsfreiheit muss gegen Angriffe politischer Korrektheit verteidigt werden.«²⁴

Alexander Zinn, Soziologe am Hannah-Arendt-Institut an der TU Dresden, rückt im Sonderband der »Zeitschrift für Politik« des »Netzwerks Wissenschaftsfreiheit«²⁵ queer-feministische Genderforschung anhand der Debatten um Kathleen Stock und Ulrich Kutschera in den Bereich der Religion, also des Glaubens statt des Wissen(-wollen)s, um ihr Wissenschaftlichkeit abzusprechen.²⁶ Er warnt zudem vor »linksidentitäre[m] Aktivismus« in Deutschland, der die Universitäten »sturmreif zu schießen« sich anschieke.²⁷ Insgesamt beschwört er die wissenschaftliche und politische Gefahr einer »postkolonial-queer-feministische[n] Gegen-Aufklärung«.²⁸ Damit liefert er dem Anti-Gender-Studies-Komplex wesentliche Erzählungen einer vermeintlich zerstörerischen Kraft dieser Forschungsrichtung aufgrund ihrer Unwissenschaftlichkeit und ihrer Politisierung.

Die autoritäre Rechte kann bei ihren Angriffen auf die Gender Studies zudem auf Widersprüche und Konflikte innerhalb der Frauen- und Geschlechterforschung selbst zurückgreifen, werden Gender Studies doch seit geraumer Zeit aus dieser akademischen Community heraus angegriffen. Prominent debattiert wurden die Einlassungen von Vojin Saša Vukadinović, einem Stipendiaten am Graduiertenkolleg »Geschlecht als Wissenskategorie« an der Humboldt-Universität zu Berlin. Im 2017 erschienenen Sammelband »Beißreflexe« versetzte er den Gender Studies eine Breitseite,²⁹ die in der Zeitschrift »Em-

24 AfD: »Es ist Zeit für eine andere Politik. Regierungsprogramm für Brandenburg«, verabschiedet auf dem Landesparteitag der AfD Brandenburg Jüterbog 13.04.2024, https://afd-brandenburg.de/wp-content/uploads/2024/08/LTW24_RP.pdf 2024a, Zugriff am 01.12.2024, S. 45.

25 Kostner: »Wissenschaftsfreiheit«.

26 Zinn, Alexander: »Gefühlte Wahrheiten. Wie LGBT-Aktivismus die Wissenschaftsfreiheit bedroht«, in: Kostner, Sandra (Hg.), *Wissenschaftsfreiheit. Warum dieses Grundrecht zunehmend umkämpft ist*. Zeitschrift für Politik. Sonderband 10 (2022), S. 165–181, hier: S. 167.

27 Zinn: »Gefühlte Wahrheiten«, S. 180.

28 Zinn: »Gefühlte Wahrheiten«, S. 181.

29 Vukadinović, Vojin Saša: »Antiimperialistischer Egalitarismus«. Akademisch-aktivistischer Beifall für globale Frauenverachtung und Schwulenhatz, in: L'Amour laLove, Patsy (Hg.), *Beißreflexe. Kritik an queerem Aktivismus, autoritären Sehnsüchten, Sprechverboten*. Berlin: Querverlag, S. 146–159.

ma« reproduziert wurde – in seinem Artikel bezeichnet er die Gender Studies als »Sargnägel der Frauenemanzipation«.³⁰

Wie Vukadinović sind weitere Gender-ablehnende Wissenschaftler*innen Mitglieder im »Netzwerk Wissenschaftsfreiheit« und publizierten in dem bereits erwähnten Sonderband, darunter Barbara Holland-Cunz, eine der Mitbegründerinnen der deutschsprachigen geschlechterkritischen Politikwissenschaft. Sie spricht in ihrem Text den Gender Studies das Prädikat der Wissenschaftlichkeit ab. Sie identifiziert die »Fachgesellschaft Gender Studies« als einen »fachgesellschaftlichen Mainstream«, der – so implizit – andere Strömungen marginalisiere. Diesem und den »queer-feministischen Gender Studies« bescheinigt sie eine »sektiererische Hermetik« im Denken und einen Rückfall in den Aktivismus der frühen Frauenforschung, also einen »misslungenen Prozess der Verwissenschaftlichung«³¹ oder, anders ausgedrückt, die Unfähigkeit, Wissenschaft und Politik zu trennen.

Der Anti-Gender-Studies-Komplex bietet autoritär-rechten Akteur*innen gedankliche Munition in ihrem Kampf gegen Gender, gegen das dekonstruktivistische Konzept Gender und gegen Gender Studies.

Unwissenschaft, Politisierung und Ideologieverdacht

Drei zentrale Narrative kennzeichnen autoritär-rechte Attacken auf Gender Studies: Sie seien erstens keine Wissenschaft, weil zweitens politisiert und drittens seien sie Ideologie. Der autoritär-rechte Vorwurf, Gender Studies seien unwissenschaftlich, begleitet die Frauen- und Geschlechterforschung im deutschsprachigen Raum seit ihrer Entstehung in den 1970er Jahren.³² Das »boundary work« der Abgrenzung zwischen Unwissenschaft und Wissenschaft soll die Gender Studies aus dem akademischen Raum der Wissenschaft

30 Vukadinović, Vojin Saša: »Gender Studies. Die Sargnägel des Feminismus?« in: *Emma*, 40.4 (2017), S. 66–69.

31 Holland-Cunz, Barbara: »Affiziert von den aktivistischen Anfängen. Zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der Konstitutionsphase der Gender Studies«, in: Kostner, Sandra (Hg.), *Wissenschaftsfreiheit. Warum dieses Grundrecht zunehmend umkämpft ist*. Zeitschrift für Politik. Sonderband 10 (2022), S. 147–164, hier: S. 164.

32 Köhnen, Manfred: »Der Unwissenschaftlichkeitsvorwurf – Zum Alleinvertretungsanspruch eines speziellen Wissenschaftsverständnisses«, in: Frey, Regina u.a., *Gender, Wissenschaftlichkeit und Ideologie. Argumente im Streit um Geschlechterverhältnisse*, Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung 2014, S. 51–64.

ausschließen.³³ »Die Gender-Forschung erfüllt nicht den Anspruch, der an seriöse Forschung gestellt werden muss. Ihre Methoden genügen nicht den Kriterien der Wissenschaft, da ihre Zielsetzung primär politisch motiviert ist.«³⁴ Mit dem Unwissenschaftsvorwurf ist in der rechtsautoritären Rhetorik – mit explizitem Bezug auf das »Netzwerk Wissenschaftsfreiheit« – eine Politisierungsunterstellung ganz unmittelbar verknüpft. Am 4. Juni 2023 stellte die AfD im Bundestag beispielsweise den Antrag, »Agendawissenschaften« durch den Wissenschaftsrat zu evaluieren – kurz bevor der Wissenschaftsrat seine »Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Geschlechterforschung in Deutschland«³⁵ veröffentlichte. In diesem Antrag behauptet eine Gruppe von Abgeordneten der AfD: »Die Prinzipien wissenschaftlichen Arbeitens und wissenschaftlicher Argumentation, wie Objektivität, Ehrlichkeit, Überprüfbarkeit, Reliabilität [Verlässlichkeit], Validität, Verständlichkeit, Relevanz, logische Argumentation, Originalität, Nachvollziehbarkeit, Fairness und Verantwortung, werden insbesondere in den Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften in zunehmendem Maße von einem ›Wissenschaftlertyp‹ umgedeutet, der als ›Agendawissenschaftler‹ (Sandra Kostner) charakterisiert werden kann.« Dieser Wissenschaft gehe es »nicht um Erkenntnisfortschritt im Sinne eines erweiterten Verständnisses seines Forschungsgegenstandes«. Vielmehr wolle diese Wissenschaft »mittels Indienstnahme von Forschung und Lehre ein ideologiegeleitetes gesellschaftspolitisches Programm voran[...]bringen.«³⁶

Diese Anschuldigung teilen die Gender Studies freilich mit weiteren emanzipatorisch-kritischen Forschungs- und Lehrrichtungen – eben weil sie Wissenschaft mit einem gesellschaftstransformatorischen Anspruch verknüpfen, so zum Beispiel die Neue Soziale Bewegungsforschung, Forschungen über die Klimakatastrophe oder kapitalismuskritische soziale Ungleichheitsforschung und dekoloniale Ansätze. Im Antrag im Deutschen Bundestag erwähnt die AfD folgende Fächer: »In den Kontext dieser ›Agendawissenschaften‹ gehören, um nur die wichtigsten Zweige zu nennen, die Postcolonial Studies, die Disability

33 Köhnen: »Der Unwissenschaftlichkeitsvorwurf«, S. 39.

34 AfD: »Programm für Deutschland«, S. 52.

35 Wissenschaftsrat: »Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Geschlechterforschung in Deutschland«, Köln: Wissenschaftsrat 2023, <https://doi.org/10.57674/9z3k-1y81>, Zugriff am 15.11.2025, S. 81.

36 Deutscher Bundestag, 20. Wahlperiode: »Antrag: Umgehend eine Evaluation sogenannter Agendawissenschaften durch den Wissenschaftsrat beantragen«, 4.7.2023, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/075/2007565.pdf>, Zugriff am 15.11.2025, S. 1.

Studies, die Critical Whiteness Studies, die Queer Studies und – als Leitwissenschaft der ›Agendawissenschaften‹ – die Gender Studies.«³⁷

Die Narrative des »Netzwerks Wissenschaftsfreiheit« über die vermeintliche Politisierung der Gender Studies als reine Ideologie fanden Eingang in autoritär-rechte Parteiprogramme: Die AfD stimmt in den Alarmismus der Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit durch politische Korrektheit und »linke Identitätspolitik« ein.³⁸ »Radikale Aktivisten« für »Frauen, ›LGBTQI-Personen‹, Muslime, Schwarze und andere ›People of Color‹« starteten »einen Angriff auf die Freiheit von Forschung und Lehre«.³⁹ Der Begriff der »Agenda-forschung« ist in AfD-Programmen dafür die Chiffre – ganz im Sinne des »Netzwerks Wissenschaftsfreiheit«. Die AfD begreift Geschlechterforschung als Ideologielieferantin für das, was rechte Parteien in ihrem Kampf gegen Gender generell verfolgen – sei dies geschlechtergerechte Sprache, Gleichstellung oder sexuelle Diversität. Gender-Forscher*innen instrumentalisierten Forschung für ihre vermeintlich ideologischen Ziele, so die rechte Erzählung, wie Heike Mauer am Beispiel der AfD-Kritik an der Verfassungsbeschwerde zur Dritten Geschlechteroption zeigt.⁴⁰ Die AfD unterstellte, dass Vertreter*innen der Legal Gender Studies, anstatt neutral Forschung zu betreiben, in diese Angelegenheit juristisch intervenierten und das Verfassungsgericht anriefen.

Die AfD benennt schließlich auch Verantwortliche für diese Entwicklungen in der Forschung: In ihrem Wahlprogramm für die EU-Wahlen 2024 lehnt sie einen »Europäischen Bildungsraum« ab, da die EU-Kommission häufig eine von »Lobbygruppen« »diktierte Agenda« aufnehme – zu der die AfD beispielsweise »Gender Mainstreaming« zählt.⁴¹ Dies fügt sich ein in ein rechtes Narrativ der Gender-Verschwörung. Um ein solches Verschwörungsnarra-

37 Deutscher Bundestag: »Evaluation sogenannter Agendawissenschaften«, S. 1.

38 AfD: »Alles für Thüringen! Wahlprogramm der AfD Thüringen zur Landtagswahl 2024«, https://afd-thueringen.de/wp-content/uploads/2025/01/wahlprogramm_2024_web-min.pdf, Zugriff am 15.11.2025, S. 43.

39 AfD: »Alles für Thüringen«, S. 43.

40 Mauer: »Nichts als Wahn«, S. 280; Näser-Lather kommt zu einem ähnlichen Befund in Bezug auf Gender-kritische Wissenschaftler*innen (Näser-Lather: »Wissenschaftler_innen vs. Gender Studies«, S. 117).

41 AfD: »Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 10. Europäischen Parlament«, beschlossen auf der Europawahlversammlung der AfD in Magdeburg, 29. bis 30. Juli und 4. bis 6. August 2023, https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/11/2023-11-16-_AfD-Europawahlprogramm-2024-_web.pdf, Zugriff am 15.11.2025, S. 48.

tiv zu konstruieren – also eine Erzählung von der Missachtung der Interessen der »kleinen Leute«, des »kleinen Mannes auf der Straße« oder »des Volks« –, greifen rechte Akteur*innen auf Vorstellungen zurück wie, dass die Gender Studies im Marxismus beziehungsweise im Kommunismus gründeten⁴² und daher die verfassungsmäßige Ordnung zerstören wollten. Der Begriff der »Lobbygruppen« verweist wiederum auf die Vorstellung von einer jüdischen Machtkonzentration, die mit den Gender Studies eine jüdische Weltherrschaft durchsetzen wollen – ein antisemitisches Motiv also.

Auch die österreichische FPÖ nahm den Diskursstrang der vermeintlichen Einschränkung der Denkfreiheit an Universitäten auf und fordert im Wahlprogramm zur Nationalratswahl 2024: »Förderung der Meinungsfreiheit – Kampf gegen Zensur.«⁴³ Die Partei beklagt im Programm außerdem, dass die Wissenschaft darunter leide,

»dass sie zunehmend ideologisiert wird. Anstatt eines pluralistischen Klimas der Meinungsvielfalt und der Offenheit der Forschung herrscht an unseren Universitäten ein repressives Klima. Das haben all jene zu spüren bekommen, die während der Corona-Krise impfkritisch waren, aber auch all jene, die nicht ins Weltbild von Wokeness und Gender-Mainstreaming passen.«⁴⁴

Der FPÖ-Bildungssprecher Brückl kritisierte 2024 im Nationalrat die Regierungsparteien, denen er Komplizenschaft mit den politisierten und »unsinnigen« Gender Studies vorwirft:

»Es ist mehr als unverständlich, dass nun die ÖVP die autonomen Universitäten zwingt, sich den linken SDG-Zielen [Sustainable Development Goals, Anmerkung der Autorin] zu unterwerfen und andererseits aber, wenn es darum geht, den unsinnigen Gender-Zwang zu beenden, sich der grünen Argumentation unterwirft, dass das in der Autonomie der Universitäten liegen solle.«⁴⁵

42 Rosenkranz, Barbara: *MenschInnen. Gender Mainstreaming. Auf dem Weg zum geschlechtslosen Menschen*, Graz: Ares 2008, S. 93

43 FPÖ: »Festung Österreich«, S. 103.

44 FPÖ: »Festung Österreich«, S. 103.

45 FPÖ: »Lehrerausbildung. ÖVP-Polaschek kann Bildung einfach nicht!«, 20.3.2024, <https://www.fpoe.at/medien/pressemeldungen/artikel/lehrerausbildung-oevp-polaschek-kann-bildung-einfach-nicht>, Zugriff am 15.11.2025.

Auch er nutzt also die Kritik an einem universitären Fach für eine populistisch-antagonistische Rhetorik, nämlich der Zeichnung einer elitären Verschwörung, an der auch die österreichische Regierung beteiligt sei.

Von der Re-Biologisierung zur kulturellen Hegemonie: Warum eignet sich der Angriff auf Gender Studies für eine rechtsautoritäre Strategie?

Auch wenn die innerwissenschaftlichen Angriffe auf Gender Studies und das Beschwören einer durch Dekonstruktion entstandenen Krise der Wissenschaft als »Abwehrreaktion und Abgrenzungsbestrebung alter gegen neue Fächer« oder als »Verteilungskämpfe um Drittmittel« gelesen werden können,⁴⁶ so ist die Bedeutung für autoritär-rechte Hegemonie mindestens ebenso zentral.

Letztendlich stellen autoritär-rechte Akteur*innen die dekonstruktivistische Sicht auf Geschlecht deshalb in Frage, um eindeutige Zweigeschlechtlichkeit und Heterosexualität ebenso wie die Vorstellung wieder herzustellen, dass Geschlecht natürlich sei und dass es also genau zwei biologisch distinkte Geschlechter, nämlich Mann und Frau gäbe, die sich wechselseitig (sexuell) begehren.⁴⁷

Im Regierungsprogramm der FPÖ-ÖVP-Regierung in der Steiermark, wo die FPÖ seit März 2025 den Landeshauptmann, also den Ministerpräsidenten stellt, wird zu Gender Studies nichts ausgeführt, allerdings wird die »geschlechterspezifische Gesundheitsversorgung« als förderungswürdig erwähnt.⁴⁸ Die sogenannte Gender-Medizin läuft allerdings Gefahr, die biologische Sicht auf zwei Geschlechter zu verstärken, weil sie darauf besteht, dass Frauen und Männer bei bestimmten Erkrankungen unterschiedliche Symptomatiken aufweisen und daher auch unterschiedliche Behandlungen brauchen. Diese Forschungs- und Behandlungsmethodik legt die autoritäre Rechte als biologischen Beweis von eindeutiger Zweigeschlechtlichkeit aus

46 Näser-Lather: »Wissenschaftler_innen vs. Gender Studies«, S. 132, 134.

47 Vgl. auch Henninger u.a.: »Einleitung«, S. 9.

48 FPÖ/ÖVP: »Starke Steiermark. Sichere Zukunft. Arbeitsübereinkommen der FPÖ Steiermark und der Steirischen Volkspartei 2024–2029«, Graz: Amt der Steiermärkischen Landesregierung 2024, S. 30, 40.

und betont daher die Förderungswürdigkeit der »geschlechtsspezifischen Gesundheitsversorgung«.

Geschlecht eignet sich allerdings neben dieser diskursiven Hervorhebung von heteronormativer Geschlechterbinarität auch besonders gut für rechte »Metapolitik«, ⁴⁹ also für den Kampf um kulturelle Hegemonie auf dem Weg zu politischer Macht. Mit der Thematisierung, ja Skandalisierung von Gender und Gender Studies als unwissenschaftlich und irrational will die autoritäre Rechte das Bewusstsein, das Denken und Fühlen der Menschen beeinflussen und in ihrem politisch-strategischen Sinne verändern, also den »common sense« neu ausrichten (daher der häufige Bezug in rechtsautoritären Dokumenten auf den »gesunden Menschenverstand«), um Wählerstimmen zu gewinnen und politische Macht zu erringen.

Geschlecht eignet sich für diese Beeinflussung des »common sense« im weiteren Sinne, also über Fragen von Geschlecht hinausgehend, besonders gut, weil alle Menschen ein Geschlecht haben. Sie fühlen und leben mehrheitlich Zweigeschlechtlichkeit, die seit dem 19. Jahrhundert als natürlich präsentiert wird⁵⁰ und sich seither unhinterfragt in das Wissen und Empfinden, eben den sogenannten Alltagsverstand eingelagert hat. Der Bezug auf allein biologische Begründungen von Geschlecht, den AfD wie auch FPÖ immer wieder ins Feld führen, will an diese im Alltagsverstand der Menschen verankerte Idee einer Natürlichkeit von Geschlecht und der Existenz von genau zwei Geschlechtern anknüpfen. Gender und Gender Studies, die Dekonstruktion von Zweigeschlechtlichkeit, sollen als absurd und dem »normalen« Empfinden widersprechend erscheinen.

Um kulturelle Hegemonie zu erringen, sind emotionale beziehungsweise affektive Mobilisierungsstrategien besonders effektiv. Moralische Paniken beispielsweise verlangen einfache Lösungen. Geschlechterverhältnisse waren in der bürgerlichen Gesellschaft schon immer hoch emotionalisiert, zum Beispiel in Form der Idee romantischer heterosexueller Liebe. Daher eignet sich Geschlecht für eine emotionalisierte Politisierung und für moralische Paniken besonders gut, wie beispielsweise Angst vor dem Verlust

49 Sellner, Martin: »Solidarität, Metapolitik, Hoffnung«, in: *Sezession*, 24.5.2019, <https://sezession.de/61209/solidaritaet-metapolitik-hoffnung>, Zugriff am 02.05.2025.

50 Hausen, Karin: »Die Polarisierung der ›Geschlechtscharaktere‹. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben«, in: Conze, Werner (Hg.), *Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas*, Stuttgart: Erst Klett 1976, S. 363–392.

von (Geschlechts-)Identität. Gender Studies – so haben autoritär-rechte Akteur*innen richtigerweise erkannt – stellen diese vermeintlich biologischen zweigeschlechtlichen Gewissheiten fundamental in Frage. Geschlecht bildet gewissermaßen einen »Triggerpunkt«, den autoritär-rechte »Polarisierungs-unternehmer« für ihre emotionalisierte Politisierung bedienen.⁵¹

Die gesamte Anti-Gender-Mobilisierung, besonders aber die Angriffe auf das dekonstruktive Konzept Gender und auf Gender Studies wollen also diskursiv eine solche Identitätsverunsicherung herstellen, damit eine moralische Panik provozieren, die über die Geschlechterpanik hinaus einen vermeintlichen Verlust von gesellschaftlicher und politischer Ordnung heraufbeschwört. Autoritär-rechte Akteur*innen können sich dann in dieser Situation als Retter aus der Verunsicherung präsentieren und damit ihre Vorstellungen von traditionellen Geschlechterverhältnissen, freilich auch einer natürlichen Ungleichheit der Geschlechter und daran anschließend sozialer Ungleichheit überhaupt im Alltagsverstand verankern.

Warum Attacken auf Gender Studies? Politische Ziele der autoritären Rechten

Die Gender Studies sind im deutschsprachigen Raum vergleichsweise prekär institutionalisiert, mit wenig Professuren und Ressourcen. Im Sommersemester 2023 hatten 173 Professuren an deutschen Hochschulen eine Voll- oder Teildomination in der Frauen- und/oder Geschlechterforschung.⁵² Warum also greifen rechte Akteur*innen ein so kleines Fach an? Im Folgenden möchte ich den größeren politischen Strategiekontext und die Ziele der autoritären Rechten diskutieren.

Die autoritäre Rechte wendet sich *erstens* ganz ohne Zweifel gegen eine geschlechterpolitische Befreiung, für die sie die Gender Studies (zurecht) verantwortlich macht. Geschlechterforschung entstand in der Tat im Kontext einer »wissenschaftspolitischen Emanzipationsbewegung [...], die sich als eine Demokratisierung von Wissenschaft, verstanden als eine Pluralisierung und Dezentrierung des männlichen (und weißen) wissenschaftlichen Subjekts« be-

51 Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westheuser, Linus: *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*, Berlin: Suhrkamp 2023, S. 351.

52 Wissenschaftsrat: »Empfehlungen«, S. 39.

griff.⁵³ *Zweitens* ist die Attacke auf Geschlechterforschung ein Stellvertreterkampf: Gender Studies stehen für kritische Wissenschaft insgesamt, die bekämpft werden soll. Denn diese hat sich die Aufgabe gestellt, nicht nur die undemokratischen Ziele der autoritären Rechten in Frage zu stellen, sondern auch den Entstehungskontext der Rechten, den Neoliberalismus, fundamental zu kritisieren und so die Grundlagen der Wahlgewinne der rechtsautoritären Parteien zu beseitigen. *Drittens* eignen sich Angriffe auf Universitäten für eine populistische Strategie des »Wir hier unten« gegen »die da oben«, bedienen diese Attacken doch anti-intellektuelle Ressentiments. Daher verwenden autoritär-rechte Akteur*innen auch stets die englischen Begriffe Gender und Gender Studies, um die sprachliche Unverständlichkeit für die Mehrheit der Menschen hervorzuheben.

Die autoritären Rechten in Deutschland und Österreich, freilich auch an anderen Orten der Welt, verfolgen schließlich *viertens* mit ihrem Kampf gegen das dekonstruktivistische Konzept Gender und gegen Gender Studies ein umfassenderes politisches Projekt – nämlich das Projekt der Entdemokratisierung und Autoritarisierung. Bereits die programmatischen Versprechen auf Eingriffe in universitäre Forschung und Lehre durch ein Verbot der Gender Studies sind undemokratisch und in beiden Ländern verfassungswidrig. Insbesondere kritische Wissenschaft wie die Geschlechterforschung, aber auch Klimaforschung und dekoloniale Studien, stehen deshalb im Zentrum rechtsautoritärer Attacken, weil deren Kritikanspruch dem Projekt der Entdemokratisierung gefährlich werden kann, geben diese Wissenschaftsrichtungen doch Anstöße zum Hinterfragen von vermeintlichen Wahrheiten und Fake News. Das Vertrauen in die Wissenschaft soll durch Angriffe auf kritische Wissenschaft wie Gender Studies untergraben werden, um auf diese Weise Institutionen gesellschaftlicher Selbstaufklärung auszuhöhlen.

Entdemokratisierung geht einher mit Autoritarisierung. Der Verunsicherungsdiskurs, der die rechtsautoritären Narrative gegen Gender wie ein Generalbass begleitet, führt gleichsam notwendig zu Vorschlägen von Versicherheitlichung, Kontrolle und Disziplinierung – konkret zum Verbot eines akademischen Faches. Der autoritäre Charakter der Rechten zeichnet sich durch diese Verknotung von Bedrohung, Kontrollverlust sowie Verunsicherung durch Gender Studies und dem Versprechen von Sicherheit durch Führung, Disziplin, Hierarchie, Unterordnung und Ausgrenzung von Geschlechterforscher*innen und kritischer Wissenschaft aus. Mit diesem

53 Mauer: »Nichts als Wahn«, S. 272.

Framing kann eine kurzfristige – autoritäre – Lösung, ein vermeintlicher Ausweg aus Unsicherheit, vorgeschlagen beziehungsweise Stabilität, zum Beispiel in hierarchischen Geschlechterverhältnissen, etabliert werden.

Derzeit verdichtet sich eine autoritäre Wende, die rechte Akteur*innen mit ihren Angriffen auf Gender Studies vorbereitet haben. Rechte Attacken auf Gender Studies und kritische Wissenschaft werden seit dem Überfall der Hamas auf Israel und dem Krieg in Gaza in Deutschland und Österreich, aber auch in den USA, flankiert und diskursiv unterstützt von autoritären Verböten mit dem Vorwurf des Antisemitismus. Auch wenn bundesdeutsche und österreichische Antisemitismusforscher*innen Judith Butler sowie weitere Vertreter*innen dekonstruktivistischer und dekolonialer Herangehensweisen schon länger mit dem Antisemitismus-Verdikt belegen, wird eine kritisch-offene wissenschaftliche Debatte mit dem Argument, Anti-Antisemitismus sei Staatsräson, und mit einem engen Verständnis von Antisemitismus an bundesdeutschen und österreichischen Universitäten nach dem 7. Oktober noch strikter unterbunden. Wie unterschiedlich die Akteur*innen und ihr Begehren nach Autoritarisierung auch sein mögen, zu befürchten ist, dass die Vorbereitungsdiskurse durch die autoritäre Rechte langfristig entdemokratisierende Früchte tragen.

Literatur

AfD: »Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland«, beschlossen auf dem Bundesparteitag in Stuttgart am 30.4./1.5.2016, https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/05/Programm_AfD_Online_.pdf, Zugriff am 15.11.2025.

AfD: »Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag«, beschlossen auf dem 12. Bundesparteitag der AfD in Dresden, April 2021, https://www.afd.de/wp-content/uploads/2021/06/20210611_AfD_Programm_2021.pdf, Zugriff am 29.01.2025.

AfD: »Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 10. Europäischen Parlament«, beschlossen auf der Europawahlversammlung der AfD in Magdeburg, 29. bis 30. Juli und 4. bis 6. August 2023, https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/11/2023-11-16-_-AfD-Europawahlprogramm-2024-_-web.pdf, Zugriff am 15.11.2025.

- AfD: »Es ist Zeit für eine andere Politik. Regierungsprogramm für Brandenburg«, verabschiedet auf dem Landesparteitag der AfD Brandenburg Jüterbog 13.04.2024, https://afd-brandenburg.de/wp-content/uploads/2024/08/LTW24_RP.pdf, 2024a, Zugriff am 1.12.2024.
- AfD: »Alles für Thüringen! Wahlprogramm der AfD Thüringen zur Landtagswahl 2024«, https://afd-thueringen.de/wp-content/uploads/2025/01/wahlprogramm_2024_web-min.pdf, Zugriff am 15.11.2025.
- Barát, Erzsebet: »Paradoxes of the Right-Wing Sexual/Gender Politics in Hungary: Right-Wing Populism and the Ban of Gender Studies«, in: Möser, C., Ramme/Takács, J. (Hg.), *Paradoxical Right-Wing Sexual Politics in Europe. Global Queer Politics*, Palgrave Macmillan: Cham 2022.
- Bauman, Zygmunt: *Retrotopia*, London: Polity 2017.
- Bereswill, Mechthild/Ehlert, Gudrun/Neuber, Anke: »Feindselige Anfragen. Die Nutzung eines parlamentarischen Instruments zur Diskreditierung der Geschlechterforschung«, in: *Gender. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*, Sonderheft 6 (2021), S. 108–122.
- Deutscher Bundestag, 20. Wahlperiode: »Antrag: Umgehend eine Evaluation sogenannter Agendawissenschaften durch den Wissenschaftsrat beantragen«, 04.07.2023, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/075/2007565.pdf>, Zugriff am 15.11.2025.
- FPÖ: »Festung Österreich. Festung der Freiheit. Wahlprogramm für die Nationalratswahl 2024«, Wien: FPÖ 2024, https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/Bund/Dokumente/NRW2024/Wahlprogramm_A4_Langversion_oS_web.pdf, Zugriff am 15.11.2025.
- FPÖ/ÖVP: »Starke Steiermark. Sichere Zukunft. Arbeitseinkommen der FPÖ Steiermark und der Steirischen Volkspartei 2024–2029«, Graz: Amt der Steiermärkischen Landesregierung 2024.
- FPÖ: »Lehrerausbildung. ÖVP-Polaschek kann Bildung einfach nicht!«, 20.03.2024, <https://www.fpoe.at/medien/pressemeldungen/artikel/lehrausbildung-oevp-polaschek-kann-bildung-einfach-nicht>, Zugriff am 15.11.2025.
- Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hg.): *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*, Bielefeld: transcript 2015.
- Hausen, Karin: »Die Polarisierung der »Geschlechtscharaktere«. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben«, in: Conze, Werner (Hg.), *Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas*, Stuttgart: Ernst Klett 1976, S. 363–392.

- Henninger, Annette u.a.: »Einleitung: Mobilisierungen gegen Feminismus und ›Gender‹. Erscheinungsformen, Erklärungsansätze und Gegenstrategien«, in: *Gender. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*, Sonderheft Nr. 6 (2021), S. 9–24.
- Holland-Cunz, Barbara: »Affiziert von den aktivistischen Anfängen. Zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der Konstitutionsphase der Gender Studies«, in: Kostner, Sandra (Hg.), *Wissenschaftsfreiheit. Warum dieses Grundrecht zunehmend umkämpft ist*. Zeitschrift für Politik. Sonderband 10 (2022), S. 147–164.
- Johnson, Carolyn Y./Dance, Scott/Achenbach, Joel: »Here are the words putting science in the crosshairs of Trump's orders«, <https://www.washingtonpost.com/science/2025/02/04/national-science-foundation-trump-executive-orders-words/>, Zugriff am 13.11.2025.
- Köhnen, Manfred: »Der Unwissenschaftlichkeitsvorwurf – Zum Alleinvertretungsanspruch eines speziellen Wissenschaftsverständnisses«, in: Frey, Regina u.a., *Gender, Wissenschaftlichkeit und Ideologie. Argumente im Streit um Geschlechterverhältnisse*, Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung 2014, S. 51–64. https://www.boell.de/sites/default/files/gender_wissenschaftlichkeit_ideologie_2.aufgabe.pdf, Zugriff am 15.11.2025.
- Kostner, Sandra: »Wenn Wissenschaftler eine Agenda verfolgen: wie Macht und Moral an den Hochschulen die Erkenntnis ersetzen«, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 13.01.2020, <https://www.nzz.ch/feuilleton/wissenschaft-wenn-macht-und-moral-die-erkenntnis-ersetzen-ld.1533154>, Zugriff am 14.11.2025.
- Kostner, Sandra (Hg.): *Wissenschaftsfreiheit. Warum dieses Grundrecht zunehmend umkämpft ist*. Zeitschrift für Politik. Sonderband 10, Baden-Baden: Nomos 2022.
- Kuhar, Roman/Paternotte, David (Hg.): *Anti-Gender Campaigns in Europe. Mobilizing against Equality*, London: Rowman & Littlefield 2017.
- Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westheuser, Linus: *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*, Berlin: Suhrkamp 2023.
- Mauer, Heike: »Nichts als Wahn und Ideologie? Rechtspopulistische Angriffe auf die Geschlechterforschung und die Politisierung von Geschlechterverhältnissen«, in: Kim, Songcheol/Selk, Veith (Hg.), *Wie weiter mit der Populismusforschung?* Baden-Baden: Nomos 2021, S. 271–292.
- Näser-Lather, Marion: »Wissenschaftler_innen vs. Gender Studies. Argumentationen, Wirkungen und Kontexte einer ›wissenschafts‹-politischen Debatte«, in: Henninger, Annette/Birsl, Ursula (Hg.), *Anti-Feminismen*.

- »Krisen«-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potential?, Bielefeld: transcript 2020, S. 105–148.
- Petö, Andrea: »Attack on Freedom of Education in Hungary. The case of gender studies«, in: *HAL Open science* (2018).
- Rosenkranz, Barbara: *MenschInnen. Gender Mainstreaming. Auf dem Weg zum geschlechtslosen Menschen*, Graz: Ares 2008.
- Sauer, Birgit/Penz, Otto: *Konjunktur der Männlichkeit. Affektive Strategien der autoritären Rechten*, Frankfurt a.M./New York: Campus 2023.
- Sellner, Martin: »Solidarität, Metapolitik, Hoffnung«, in: *Sezession*, 24.5.2019, <https://sezession.de/61209/solidaritaet-metapolitik-hoffnung>, Zugriff am 2.5.2025.
- Vukadinović, Vojin Saša: »Antiimperialistischer Egalitarismus«. Akademisch-aktivistischer Beifall für globale Frauenverachtung und Schwulenhatz, in: *L'Amour laLove*, Patsy (Hg.), *Beißreflexe. Kritik an queerem Aktivismus, autoritären Sehnsüchten, Sprechverboten*, Berlin: Querverlag, S. 146–159.
- Vukadinović, Vojin Saša: »Gender Studies. Die Sargnägel des Feminismus?«, in: *Emma*, 40.4 (2017), S. 66–69.
- Wissenschaftsrat: *Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Geschlechterforschung in Deutschland*, Köln: Wissenschaftsrat 2023, <https://doi.org/10.57674/9z3k-1y81>, Zugriff am 15.11.2025.
- Yourish, Karen u.a.: »These Words Are Disappearing in the New Trump Administration«, <https://www.nytimes.com/interactive/2025/03/07/us/trump-federal-agencies-websites-words-dei.html>, Zugriff am 13.11.2025.
- Zinn, Alexander: »Gefühlte Wahrheiten. Wie LGBT-Aktivismus die Wissenschaftsfreiheit bedroht«, in: Kostner, Sandra (Hg.), *Wissenschaftsfreiheit. Warum dieses Grundrecht zunehmend umkämpft ist*. Zeitschrift für Politik. Sonderband 10 (2022), S. 165–181.